

ORN / RMV: „Wir fordern eine wirksame Absicherung der Beschäftigten, auch bei einer eventuell anstehenden Notvergabe“

Die mögliche Entbindung der Busunternehmen ORN und RMV von 80 eigenwirtschaftlichen Linien ruft die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft auf den Plan. „Die Busfahrerinnen und Busfahrer dürfen jetzt nicht die Zeche für die verfehlte Verkehrspolitik der Kommunen zahlen“, sagte der Leiter der EVG-Geschäftsstelle Mainz, Lars Kreer. „Manche Landräte sind immer noch der Meinung, dass auch guter ÖPNV nichts kosten darf. Aber das ist eine Milchmädchenrechnung.“



Auch eigenwirtschaftliche Verkehre würden sich nicht allein durch Fahrkarteneinnahmen rechnen, so Lars Kreer weiter. „Der ÖPNV muss auskömmlich finanziert werden. Die öffentliche Hand muss für guten

Nahverkehr Geld in die Hand nehmen.“

Die Busunternehmen ORN und RMV sind wirtschaftlich von der Corona-Krise hart getroffen. Der Arbeitgeber will sich frühzeitig von 80 eigenwirtschaftlich betriebenen Buslinien entbinden lassen. Betroffen sind rund 250 Arbeitsplätze.

„Wir fordern eine wirksame Absicherung der Beschäftigten, auch bei einer eventuell anstehenden Notvergabe“, sagt der EVG-Vertreter. „Erst recht, nachdem sie in der Corona-Krise seit Monaten unter erschwerten Arbeitsbedingungen für die Mobilität der Bevölkerung sorgen.“ Auch bei einer Notvergabe müsse „der Personalübergang im Rahmen des Landestariftreuegesetzes angeordnet werden. Jede Busfahrerin, jeder Busfahrer muss seine Arbeit zu den bisherigen Bedingungen auch bei einem neuen Betreiber behalten können.“